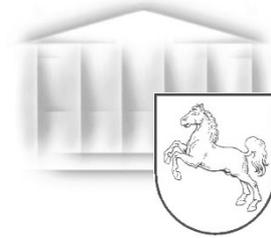


# Niedersächsischer Landtag

Uli Watermann MdL



## Landtagsbüro

Niedersächsischer Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

Raum 2.211

## Wahlkreisbüro

Rosa-Helfers-Haus  
Heiliggeiststraße 2  
31785 Hameln

Telefon: 05151 1073397  
Telefax: 05151 1073394

[www.ulrich-watermann.de](http://www.ulrich-watermann.de)  
[info@ulrich-watermann.de](mailto:info@ulrich-watermann.de)

8. Februar 2019

## Pressemitteilung

### Uli Watermann schockiert über unerlaubte Entfernung von Totenkränzen von Ehrenmal

Der heimische SPD-Landtagsabgeordnete Uli Watermann äußert sich empört über das Vorgehen unbekannter Täter Anfang der Woche am Ehrenmal in der Schloßstraße in Bad Pyrmont.

„Ich empfinde es als eine große Schande und Demütigung gegenüber den Opfern von Krieg, Gewalt und Terror. Über den respektlosen Umgang mit unserem Ehrenmahnmal in der Schloßstraße bin ich zutiefst erschüttert“, so der SPD-Politiker.

Demnach wurden Totenkränze, die am Volkstrauertag zu Ehren der Toten der Weltkriege sowie Opfer von Gewaltbereitschaft und -herrschaft niedergelegt werden, unerlaubt entfernt und in die Schloßgraft geworfen.

Der Volkstrauertag mit der Kranzniederlegung hat als jährlich wiederkehrender, öffentlicher Akt hohen Zuspruch aus der breiten Öffentlichkeit des Weserberglandes und trägt durch seine mediale Wahrnehmung zur kollektiven Erinnerungskultur bei.

„Die Kranzniederlegung am Volkstrauertag dient nicht nur der Erinnerung an die Kriegsoffer, sondern auch als Mahnung der gegenwärtigen Konflikte und aktuellen Kriegsbedrohungen“, so Uli Watermann weiter. „Das historische Bewusstsein leistet einen enormen Beitrag zu zentralen Themen wie Frieden, Demokratie und Völkerverständigung.“

Respektlosigkeit gegenüber dem Gedenken der Opfer führt zu Unverständnis sowie zu Verunglimpfung der Schrecken und darf nicht toleriert werden. Gerade der Veranstaltung in Bad Pyrmont mit ihren Gepflogenheiten und Ritualen wird durch ihren Bekanntheitsgrad und ihre gesellschaftliche Reichweite eine besondere Bedeutung zur Versöhnung und Völkerverständigung zugesprochen.